

Gießener Anzeiger vom 10.11.08

In Lollar „Gießener Tafel“ ab 12. Januar

Betreuungsplätze für 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren

LOLLAR (sl). In ihrer jüngsten Sitzung unter Leitung von Hans-Peter Zecher hatten sich die Stadtverordneten mit der Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 bis 2013 zu befassen. Dabei ging es darum, dass die Stadt Lollar bis zum Jahr 2013 ein bedarfsgerechtes Angebot an Betreuungsplätzen für durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren schaffen soll. Hierzu gibt es stattliche Zuwendungen. (der Anzeiger berichtete).

Der zuständige Ausschuss hatte sich bereits damit befasst und dem Parlament empfohlen, seine Zustimmung zu geben, was einstimmig auch geschah. Für 2009 sollen nun Mittel für die Einrichtung der altersübergreifenden Gruppe im Kindergarten Odenhausen abgerufen werden, in dem bereits fünf Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren, als erste Ausbaustufe geschaffen wurden.

Helmut Zecher (FW) bemängelte eine sehr späte Zustellung der Unterlagen zum Tagesordnungspunkt Errichtung einer Wärmeabgewinnung auf dem Sportlerheim Odenhausen. „Es kann nicht sein, dass die Stadtverordneten die Protokolle der Ausschüsse erst kurz vor der Sitzung im Parlament erhalten“, monierte er. Volkmart Trömer (CDU) gab in der Diskussion zu bedenken, dass sich eine solche Anlage erst nach 30 Jahren amortisiere. Einstimmig war man dafür, das Thema nochmals im Ausschuss zu behandeln.

Ebenso einstimmig votierten die Parlamentarier für Mittelübertragung von 2007 nach 2008. Ab dem 12. Januar 2009 soll es auch in Lollar eine Tafel geben, um bedürftige Familien mit Lebensmitteln zu unterstützen. Die Ausgabestelle ist im Untergeschoss des Bürgerhauses vorgesehen.

Im Vorfeld hatten sich Mitglieder der FW bei der Gießener Tafel kundig gemacht. Bürgermeister Dr. Wiczorek hatte in einem Aufruf in den Lollarer Nachrichten um ehrenamtliche Mitarbeiter für die Lollarer Tafel geworben. „20 Personen haben sich spontan gemeldet und wollen mithelfen“, freute er sich. Zwar soll die Tafel nur über Spenden versorgt werden, gleichwohl hatten die freien Wähler den Antrag gestellt, das Diakonische Werk ab dem Haushalt 2009 vorerst mit 3000 Euro

pro Jahr bei den laufenden Kosten der Anlieferung und Verteilung in Lollar zu unterstützen. „Die beantragten 3000 Euro Unterstützung sind ein Vorschlag, wir werden sie aber nicht brauchen“, erklärte der Bürgermeister. Die Stadt stellt den Raum kostenlos zur Verfügung, und trägt auch die Energiekosten „das ist unser Part“.

Norman Speier (SPD) sagte, dass man über die Summe in jedem Jahr neu sprechen wolle. Einstimmig wurde dem zugestimmt. Ein Antrag der SPD forderte, dass die Stadt Lollar keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit erwirbt und verwendet, wobei sie besonders an Grabsteine dachte, die von einem Verein „Xertifix“ lizenziert sein müssen. Die Nachweisebringung soll dem ausführenden Steinmetzbetrieb obliegen. Lollar will dies in seine Friedhofsordnung einarbeiten, und andere Grabsteine nicht mehr zulassen. Dagegen wandte sich die FDP, die hier sah, dass die Stadt Einfluss auf private Entscheidungen nehmen wolle. Trömer (CDU) beantragte dann den Antrag zum Grundsatzbeschluss zu machen, und Norman Speier (SPD) plädierte ebenfalls dafür denn „auch Grabstätten enthalten für Nutzer Vorgaben“. Marco Martin (Grüne) riet zur Besonnenheit, „erst einmal sollte man sich informieren, wie man die Sache kontrollieren kann“. Dann wurde ein Zusatz beantragt, so dass es dann heißt „Es dürfen nur noch Grabsteine aufgestellt werden, wenn der unabhängige Nachweis – ohne einen vergleichbaren Nachweis – erbracht wird, dass diese aus zertifizierten Betrieben stammen.“ Bei drei Gegenstimmen wurde dem zugestimmt.

Zu einem Prüfantrag der Grünen, Gespräche mit der Gemeinde Fronhausen aufzunehmen, um eine gemeinsame Lösung bezüglich eines Feuerwehrhauses mit Odenhausen, Salzböden, sowie Fronhausen zu realisieren, (der Anzeiger berichtete) gab es längere Diskussionen, die in der Überlegung mündeten, dass man die vorhandenen Stützpunkte aufwerten, und dann weiter darüber sprechen solle, wie das Problem zu lösen sei. „Wir sollten zuerst die Ergebnisse zu den Kosten abwarten, die von der Verwaltung berechnet werden“, erklärte Speier. Dann könne man noch immer entscheiden, ob ein Neubau oder eine Sanierung der alten Gerätehäuser sinnvoll sei. Mehrheitlich wurde der Grünen-Antrag abgelehnt.